

PLENUM AKTUELL

31. Januar – 02. Februar 2012

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Rettungsschirm entpuppt sich als löchriger Knirps

Als „löchriger Knirps“ statt echter Schutzschirm stellt sich für uns die jüngste Vereinbarung zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden dar.

In Hessen sollen lediglich 89 Städte und Gemeinden, 14 Landkreise und 3 kreisfreie Städte - insgesamt 106 Kommunen - unter den sogenannten Schutzschirm schlüpfen können. Die restlichen 341 Kommunen erhalten keinen Cent. Sie werden vom Land im Regen stehen gelassen, obwohl auch sie größtenteils erhebliche Haushaltsprobleme haben. Das macht deutlich, dass es sich eher um einen „Knirps“ als um einen echten Schutzschirm handelt.

Der Schirm ist zu klein und ungerecht, denn nur ein Viertel der Kommunen könnte ihn nutzen, und nur ein Fünftel der Gesamtschuldenlast der hessischen Kommunen wird getilgt.

Dieser „Knirps“ ist vielmehr Ausdruck des schlechten Gewissens der Landesregierung, die im Kommunalen Finanzausgleich jährlich 344 Mio. Euro kürzt und davon gerade einmal ein Drittel zurück gibt. Denn die vom Land angebotene Hilfe in Höhe von ca. 3 Milliarden Euro über 30 Jahre bedeutet eine jährliche Unterstützung von 100 Mio. €, während jedes Jahr 344 Mio. entzogen werden. Hinzu kommt, dass lediglich ein Viertel der hessischen Kommunen von den 100 Mio. € profitiert, während den restlichen 341 Kommunen weiterhin Jahr für Jahr 344 Mio. € entzogen werden. Mit diesem Vorgehen werden also auf der einen Seite kleine Haushaltslöcher gestopft und auf der anderen Seite weitere große Löcher aufgerissen!

Kurzfristig ist das „Knirps-Verfahren“, weil die strukturellen Probleme der verschuldeten Kommunen nicht gelöst werden. Die negative Haushaltsentwicklung wird auch unter dem Schutzschirm weitergehen, wenn die strukturellen Defizite nicht beseitigt werden. Dazu gehört auch, dass das Land nicht weitere Aufgaben auf die Kommunen verlagern darf, ohne die entsprechende Finanzausstattung mitzuliefern.

Wir fordern, den kommunalen Finanzausgleich besser auszustatten, damit die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können, die kommunale Selbstverwaltung nicht zur Farce und die zunehmende Verschuldung beendet wird. Ebenso ist eine echte Gemeindefinanzreform dringend erforderlich, die die Kommunen strukturell entlastet und langfristig wirkt.

Kein Verkauf der Nassauischen Heimstätte / Wohnstadt

Die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum ist aus unserer Sicht eine Kernaufgabe unseres Landes, und daher tritt die SPD-Landtagsfraktion vehement gegen den von der Landesregierung beabsichtigten Verkauf der Nassauischen Heimstätte (NH) bzw. Wohnstadt ein.

In Hessen bietet die NH 63.000 Wohnungen in über 100 Kommunen an und davon sind 21.600 Wohnungen preisgebunden. Die NH kümmert sich also intensiv um sozial benachteiligte Bewohnerinnen und Bewohner. Und das muss so bleiben, um den Mietern auch künftig bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können.

Von den Mietern bei der NH sind 42 % Rentner, und das Durchschnittseinkommen liegt unter 1.500 €. Mietwohnungspreise auf dem freien Markt sind für sie nicht zu bezahlen.

Für uns ist die Wohnraumversorgung eine öffentliche Aufgabe, und die Politik ist in der Pflicht, bezahlbaren Wohnraum vorzuhalten. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, einer älter werdenden Gesellschaft und unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklungen ist eine auf das gesamte Landesgebiet bezogene Wohnungsbaugesellschaft wie die NH von essenzieller Bedeutung. Der von CDU und FDP beabsichtigte Verkauf der Nas-

sauischen Heimstätte wird zwangsläufig zu nicht kalkulierbaren Preissteigerungen führen und wäre eine Katastrophe für die Mieter.

Nachtruhe in Frankfurt sichern

In der Landtagsdebatte haben wir die Landesregierung ein weiteres Mal dazu aufgefordert, endlich aktiv für das Nachtflugverbot einzutreten. Denn es ist doppelzünftig von CDU und FDP, auf der einen Seite von Nachtruhe zu reden und auf der anderen Seite viel Geld für einen Anwalt zu bezahlen, der gegen das Nachtflugverbot kämpft! Das Nachtflugverbot ist ein Kernbestandteil des Mediationsergebnisses, das wir als SPD seit über 10 Jahren immer unterstützt und unsere Position bis heute nicht verändert haben. Doch die Regierungsparteien haben ihr Wort, das sie den Bürgerinnen und Bürgern gegeben haben, gebrochen und klagen nun gegen die Nachtruhe. Das Mediationsergebnis beinhaltet sowohl den Ausbau des Flughafens, als auch das Nachtflugverbot und Maßnahmen zur Lärmreduzierung am Tag. Darauf haben sich die Menschen verlassen, und das muss nun die Politik auch umsetzen. Alles andere ist verantwortungslos und ein Wortbruch dieser Landesregierung.

Wir bekennen uns eindeutig zum Ausbau des Frankfurter Flughafens als Jobmotor in der Rhein-Main-Region. Gleichzeitig fordern wir erneut die Rücknahme der Revision gegen die Entscheidung des VGH für ein Flugverbot in der ‚Mediationsnacht‘. Und ebenso notwendig ist für uns ein Sofortprogramm „Lärmschutz für soziale Einrichtungen“ wie z.B. Kindergärten und Schulen.

SPD für mehr Kontrolle beim Verfassungsschutz

Mit unserem Gesetzentwurf zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz haben wir einen zukunftsweisenden Schritt hin zu einem transparenteren und demokratisch legitimierteren Verfassungsschutz in Hessen gemacht. Danach sollen künftig die Mitglieder der parlamentarischen Kontrollkommission in größerem Umfang Akteneinsichts- und Zugangsrechte erhalten. Ferner soll ihnen ein Zutrittsrecht zu den Dienststellen des Verfassungsschutzes eingeräumt werden, und sie sollen die Möglichkeit erhalten, Verfassungsschutzbedienstete unmittelbar zu einzelnen Sachverhalten befragen zu können. Aus unserer Sicht besteht in Einzelfällen - wie z.B. der Mord in Kassel, der im Zusammenhang mit dem Terrornetzwerk NSU steht - durchaus ein berechtigtes öffentliches Interesse. Bislang ist alles in Hessen geheim. Daher haben wir diese Gesetzesänderung eingebracht, die dazu führen würde, dass Hessen den gleichen Weg einschlagen würde, den Bund und 10 weitere Bundesländer bereits gegangen sind.

Unterstützung des NPD-Verbots!

Wir fordern in unserem Antrag die Landesregierung auf, einen erneuten Antrag zur Erreichung eines NPD-Verbots zu unterstützen. Eine Partei, die aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen eine Bedrohung für unsere Demokratie darstellt, darf nicht länger vom Staat unterstützt werden! Die NPD verfolgt mit ihrer Programmatik gezielt die Absicht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Und wir sehen mit Sorge, dass in der rechten Szene die Gewaltbereitschaft in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat und dass dies auch von Teilen der NPD und ihrer Anhänger unterstützt wird. Die derzeitigen Ermittlungen zur Aufklärung der bundesweit von einer rechtsradikalen Terrorgruppierung begangenen Mordserie haben bereits ergeben, dass die Täter auch der NPD zuzurechnen sind.

Zum Verbotsverfahren gehört für uns auch der Rückzug von mit Steuergeld bezahlten V-Leuten des Verfassungsschutzes. Wir kritisieren das Zaudern vieler CDU-Innenminister und auch die Bremserrolle des hessischen Innenministers Boris Rhein, wodurch das NPD-Verbot unnötig verzögert wird.

ACHTUNG: Aufgrund von Sitzungunterbrechungen wurde dieser Antrag in die nächste Sitzung verschoben!

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL www.Hofmeyer-MdL.de